

## A. 1.19

### Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Sozial gerecht und sicher leben“)

EinreicherInnen: AG "Soziale Politik" in und bei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

---

1. Antrag A. 1.19:

*Zeile 388/389 ergänzen:*

**„Die Hartz Gesetze und der mangelnde politische Wille, Armut und Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen, haben zur weiteren Verarmung von Erwerbslosen und Geringverdienern geführt. Die Wirkungen dieser Armutspolitik haben inzwischen weite Bevölkerungsschichten bis in den Mittelstand hinein erreicht.“**

#### **Begründung:**

Es ist einseitig, die Auswirkungen der Hartz Gesetze auf die Erwerbslosen zu reduzieren. Gerade in ihrer komplexen gesellschaftlichen Ausrichtung trifft diese Politik weit mehr Menschen als nur die Erwerbslosen. Dumpinglöhne, Zeitarbeit, Kinderarmut, „Generation Praktika“, wachsende Altersarmut, sich Selbstaussbeutende Selbständige und andere Armuterscheinungen sind eng mit der Agenda 2010 verbunden.

Die Wirtschaftskrise verschärft zwar diese Wirkung, hat sie jedoch nicht hervorgebracht.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

2. Antrag A. 1.19:

*Zeilen 412 – 413 verändern:*

„DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ~~die Regelsätze für Kinder von Hartz IV-Bezieherinnen und Beziehern erhöht und neu berechnet werden~~ **für Kinder ein eigenständiger Regelsatz eingeführt wird, der den besonderen Bedürfnissen und Bedarfe heranwachsender Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt, insbesondere durch Berücksichtigung des Wachstumsbedarfs und des Bedarfs an Schulmaterials für gerechte Bildungschancen.**“

#### **Begründung:**

Eine Erhöhung der Kinderregelsätze im Konstrukt der Bedarfsgemeinschaften kann nur bedingt die verheerenden Auswirkungen einer sich über Generationen verfestigenden Ausgrenzung und

Verarmung mindern. Deshalb fordert DIE LINKE die Festschreibung von eigenständigen, von der Bedarfsgemeinschaft losgelösten, Kinderregelsätzen.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

3. Antrag A. 1.19:

*Zeilen 414 bis 416:*

„Das Ziel ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung. ~~Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen.~~“ Als einen ersten Schritt wollen wir erreichen, dass das Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. **Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen:** Die Einführung eines kostenlosen .....

**Begründung:**

Es ist zu bezweifeln, dass auf Landesebene die Bundesgesetzgebung ausgesetzt werden kann. Dazu gehört auch das Verfahren der Anrechnung von Kindergeld als Einkommen von Bedarfsgemeinschaften. Richtigerweise muss diese Forderung auch auf Bundesebene eingefordert werden.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

---

4. Antrag A. 1.19:

*Zeile 421 ergänzen:*

„...Mobilität, **und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** ermöglichen.“

### **Begründung:**

Mobilität verstehen wir nicht nur als Wert an sich, sondern in erster Linie als eine Grundvoraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, als ein Mittel, um sozialer Ausgrenzung und Isolierung entgegen zu wirken.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		

5. Antrag A. 1.19:

*Zeilen 426 und 433:*

Ergänzung in Zeile 426:

„... bedarfsdeckenden und **repressionsfreien** sozialen Mindestsicherung...“

Streichung / Ergänzung in Zeile 433:

„... und eine ~~deutliche~~ Erhöhung der Regelsätze **auf 500 EURO** sind **ein erster Schritt** hin zu einer repressionsfreien, bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung...“

### **Begründung:**

Wenn auch im folgenden Text auf die Repressionsfreiheit Bezug genommen wird, sollte diese Prämisse bereits zu Beginn dieses Abschnittes klar formuliert werden.

Zur Erhöhung der Regelsätze muss unserer Landeswahlprogramm ein klares Bekenntnis zu den jüngsten Beschlüssen des Bundesvorstandes und Bundesfraktion ausweisen. – Also, nicht „nur“ eine deutliche Erhöhung, sondern eine Erhöhung auf 500 EURO.

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>Angenommen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/>
Stimmen dafür: _____	dagegen: _____	Enthaltungen: _____
Bemerkungen: _____		